Antrag
A12NEU22 Klimageld jetzt: Für mehr soziale Gerechtigkeit

Antragssteller*innen: Kolpingjugend

Antragstext

Die Hauptversammlung möge folgende Stellungnahme als Positionierung beschließen:

Wer wenig zum menschengemachten Klimawandel beiträgt, muss entlastet werden [LÖSCHEN]

Zur Stärkung der Klimagerechtigkeit fordern wir als BDKJ die Bundesregierung auf, alles daran zu setzen, das Klimageld so schnell wie möglich einzuführen.

Damit stellen wir uns an die Seite weiterer Verbände wie Arbeiterwohlfahrt, IG Bau, Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV), WWF und viele mehr.

LÖSCHEN

*Klimapolitische Maßnahmen können nur gemeinsam mit gerechter Sozialpolitik umgesetzt werden. Allerdings lassen haushaltspolitische Kürzungen und die Sparpolitik keine sinnvollen sozialen Vorhaben zu. Medienberichte und Erklärungen einzelner Ampel-Politiker*innen wirken als ob eine Einführung des Klimageldes nicht vor Ende der Legislatur umgesetzt wird. Insbesondere sei die Finanzierung und die Umsetzung der Zahlung nicht geklärt.*

Wir fordern zur Stärkung der Klimagerechtigkeit - wie im Koalitionsvertrag vereinbart - das Klimageld noch in dieser Legislaturperiode, spätestens aber bis 2025 einzuführen.

Der Klimawandel Die *menschengemachte Klimakrise* ist längst Bestandteil unseres Alltags. Angesichts immer häufiger auftretender Extremwetterereignissen sehen sich die Bürger*innen Menschen in Deutschland, Europa und weltweit mit zunehmenden Belastungen konfrontiert. Nach dem heutigen Stand *Die* Wissenschaft *ist sich einig, dass* derartige extreme Wetterereignisse immer häufiger und intensiver auftreten *werden*, je mehr sich das globale Klima erwärmt. Die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Folgen, sowie Folgen für jeden einzelnen Menschen sind vielfältig und enorm.

Besonders betroffen sind **vor allem** einkommensschwache Bürger*innen Menschen. Dabei tragen sie mit einem vergleichsweise kleinen CO2-Fußabdruck weniger zum Klimawandel bei als einkommensstarke Haushalte. Maßnahmen für mehr Klimaschutz müssen diese Ungerechtigkeit berücksichtigen, um einen sozial gerechten

Klimaschutz zu gewährleisten.

Klimaungerechtigkeit – auch in Deutschland

Die Klimakrise ist eine Krise der sozialen Gerechtigkeit. Gerade für *ökonomisch schwache* Menschen *haben Katastrophen*, die durch die Klimakrise verursacht werden, häufig verheerende Auswirkungen. Sie können sich aufgrund ihrer geringeren finanziellen Möglichkeiten seltener schützen, anpassen und von Katastrophen erholen, obwohl sie am wenigsten *zur Klimakrise* beitragen. So hat das reichste Prozent der Menschen zwischen 1990 und 2015 mehr als doppelt so viel klimaschädliches CO? ausgestoßen als die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung zusammen.[i]

Auch auf nationaler Ebene sind insbesondere arme *ökonomisch schwache* [READKTIONELL: überall Menschen anstatt Bürger*innen] von den Folgen *der Klimakrise* betroffen. Sie können sich beispielsweise aufgrund ihrer Wohn- und Arbeitssituation häufig schlechter vor Hitzewellen schützen. Zudem gibt es in sozial benachteiligten Stadtteilen meist weniger Grünflächen, die zu einem gewissen Grad für natürliche Kühlung sorgen könnten. Anders ausgedrückt: Es lebt sich bei einer Hitzewelle in einem Eigenheim „im Grünen“ weitaus besser als in einer kleinen Mietswohnung in der Nähe einer vielbefahrenen Straße.

Generell sind Menschen mit finanziellen Mitteln im Vorteil. In den Wintermonaten mit extremen Schnee*fällen und Kältewellen*- & Kältekatastrophen sind die steigenden Heizkosten vor Allem für benachteiligte Personen ein großes Problem. Auch bei Überflutungen können Menschen mit finanziellen Rücklagen und teuren Versicherungen in der Regel wieder besser auf die Beine kommen.

Gleichzeitig bergen steigende Preise für Energie und Nahrungsmittel in Folge der Klimakrise bzw. des Kampfes gegen *die*Klimakrise die Gefahr einer gesellschaftlichen Spaltung. Während die Bezieher*innen höherer Einkommen zumindest vorübergehend mit steigenden Preisen leben können, geraten Beschäftigte im Niedriglohnbereich und Transferleistungsempfänger*innen rasch an die Grenzen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit.

Die aktuellen politischen Maßnahmen zur Eindämmung *der Klimakrises* wirken dieser Ungerechtigkeit bisher nicht ausreichend entgegen. Stattdessen werden sozial Benachteiligte, aber auch Auszubildende, Studierende und junge Arbeitnehmer*innen in Relation zu ihrem Einkommen besonders stark belastet, um die Kosten der Klimaanpassung und des Klimaschutzes zu tragen.

Eine Forderung: *Jetzt ein* Klimageld für alle *in Deutschland*

Reiche Menschen tragen eine besondere Verantwortung für die Verursachung *der Klimakrise* und der damit einhergehenden Frage nach Klimagerechtigkeit. Deswegen müssen sie die entstehenden Kosten besonders mittragen. Dies umfasst die Eindämmung *der Klimakrise*, die entsprechenden Anpassungen und den Ausgleich bereits entstandener Schäden.

Daher fordern wir die Bundesregierung auf, dementsprechend Maßnahmen zu

ergreifen, die nicht nur die Emission von Treibhausgasen massiv mindern, sondern gleichzeitig auch die Anpassung an sich verändernde klimatische Rahmenbedingungen ermöglichen. Dabei sollte es leitendes Prinzip sein, vorrangig die an den Kosten zu beteiligen, die am meisten *zur Klimakrise* beitragen und jene zu entlasten, die stärker unter den Folgen leiden.

Eine Möglichkeit, welche auch von wissenschaftlichen Institutionen unterstützt wird, ist das sogenannte Klimageld. In Form einer Pro-Kopf-Pauschale steht es allen Bürger*innen zu. Das Klimageld wird aus einem Fonds, welcher aus einer angemessenen CO2-Bepreisung gespeist wird, gezahlt. Waren, deren Produktion CO2-intensiv ist, bzw. Dienstleistungen, deren Nutzung viel CO2 ausstößt, werden höher besteuert als Produkte und Dienstleistungen mit geringen Emissionen. Deren

Klimageld angepasst [ODER GLEICHMÄßIG] an die Bürger*innen abgegeben. So erfolgt eine gerechtere Verteilung. Personen mit einem geringeren CO2-Fußabdruck – in der Regel ärmere Haushalte – können somit von diesem Klimageld profitieren.

Um den Herausforderungen der Klimakrise effektiv zu begegnen und gleichzeitig soziale Gerechtigkeit zu wahren, fordern wir die Einführung eines sozial gerechten Klimagelds. Das Klimageld muss bis zum Ende der aktuellen Legislaturperiode eingeführt werden, spätestens jedoch bis Ende 2025 (1).

Die Höhe des Klimagelds sollte so bemessen sein, dass es einen spürbaren Anreiz

für klimafreundliches Verhalten bietet. Wir fordern daher eine Mindesthöhe von

116€ pro Person und Jahr, mit einer Steigerung auf bis zu 260€ im Jahr 2027 (2).

Die Verteilung des Klimagelds sollte sozial gerecht gestaffelt erfolgen, um die unterschiedlichen Belastungen durch die Klimakrise zu berücksichtigen. Die Berechnung sollte auf einer Mischkalkulation basieren, die verschiedene Faktoren, wie z.B. wirtschaftliches Einkommen, Wohnort oder auch Zugang zum ÖP(N)V berücksichtigt.*Da Kinder und Jugendliche besonders von der Klimakrise betroffen sind, sollten auch sie einen Anspruch auf Klimageld haben und dementsprechend berücksichtigt werden.*

Die Auszahlung des Klimagelds sollte direkt an die Menschen erfolgen, um eine schnelle und unkomplizierte Verteilung zu gewährleisten. Gleichzeitig müssen die bürokratischen Hürden für Menschen und Ämter so gering wie möglich gehalten werden.

*Ein sozial gerechtes Klimageld wird aus einem Fond finanziert, der durch eine angemessene CO2-Bepreisung gespeist wird. Produkte und Dienstleistungen mit einem hohen CO2-Fußabdruck werden dabei stärker besteuert als klimafreundliche Alternativen. Die so eingenommenen Steuergelder werden an die Bürger*innen zurückverteilt. Die Höhe der CO2-Bepreisung sollte sich an dem Schaden orientieren, den eine Tonne CO2-Emissionen verursacht. Expert*innen gehen von einem Schadensbetrag zwischen 200€ und 800€ pro Tonne CO2 aus (3). Eine solche Bepreisung würde einen deutlich höheren Anreiz für klimefreundliches Verhalten bieten und gleichzeitig die notwendigen Einnahmen für das Klimageld generieren.*

Um die Auszahlung und Bereitstellung der Finanzmittel aber abschließend zu gewährleisten, muss der Klima- und Transformationsfond (KTF) refomiert und umverteilt werden (4). Derzeit werden noch klimaschädliche Subventionen, wie die Pendlerpauschale aus dem KTF bezahlt. Diese klimaschädlichen Subventionen sollten abgeschafft und die Mittel stattdessen für das Klimageld verwendet werden.

Das Klimageld alleine kann nicht alle finanziellen Schwierigkeiten auffangen, ist jedoch ein wichtiger Beitrag zur Unterstützung sozial-benachteiligter Haushalte. Darüber hinaus müssen Förderprogramme auch die unteren Einkommensschichten erreichen. Sie müssen vor allem in der Mobilitäts- und Wärmewende mit bedacht werden und das Wichtigste: Wir brauchen starken Klimaschutz, damit die Folgen der Klimakrise abgemildert werden können. Soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz gehen Hand in Hand.

[i] Vgl. Oxfam Deutschland (2020): Das reichste 1 Prozent schädigt das Klima doppelt so stark wie die ärmere Hälfte der Welt, https://www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/klimawandel-ungleichheit-reichste-1-prozent-schaedigt-klima-doppelt-so-stark, 01.03.2023

Begründung

Die Bundeskonferenz der Kolpingjugend Deutschland hat am 3. März 2024 eine Postitionierung zum Klimageld beschlossen und möchte diese auch in den BDKJ tragen.

Wir sehen im Umgang mit dem Klimawandel auch immer eine soziale Frage. Das Klimageld ist hierfür ein Ansatz, der auch bereits Anererkennung gefunden hat und laut Kollationsvertrag bereits umgesetzt sein sollte. Wir möchten das Thema in der Politik präsent machen und uns dafür einsetzen, dass es und die soziale Komponente des Klimwandels nicht in Vergessenheit geraten.